

Zeitschrift: Schweizerische Bauzeitung
Herausgeber: Verlags-AG der akademischen technischen Vereine
Band: 92 (1974)
Heft: 38: SIA-Heft, Nr. 8/1974: Delegiertenversammlung 4. Oktober 1974 in Bern

Artikel: Einweihung der Neubauten der Aussenstation der ETH Zürich auf dem Höneggerberg
Autor: G.R.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-72461>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Einweihung der Neubauten der Aussenstation der ETH Zürich auf dem Höggerberg

DK 378.962.006:53

An der Einweihungsfeier der neuen Unterrichtsbauten auf dem Höggerberg am 10. Mai konnte Schulratspräsident Dr. Jakob Burckhardt zahlreiche illustre Gäste und Behördenvertreter von Stadt und Kanton sowie von Bundesseite den derzeitigen Vorsteher des Eidg. Departementes des Innern, Bundesrat Hans Hürlimann, und die Amtsvorgänger, die Alt-Bundesräte Hans-Peter Tschudi und Philipp Etter begrüßen. Den beiden Letztgenannten sowie dem verstorbenen Schulratspräsidenten Hans Pallmann sind grosse Verdienste für die Förderung der ETH und insbesondere den Ausbau der ETH-Aussenstation Höggerberg zu danken. Mit diesem hatte sich in der Folge Prof. H. Hch. Hauri als Präsident der ETH Zürich intensiv zu befassen.

*

Als «Schirmherr» der ETH verwies Bundesrat Hürlimann in seiner Festrede auf die Änderung im öffentlichen Klima der Wissenschaft und Forschung in den 15 Jahren, seit mit dem Bau des zweiten Zentrums der ETH Zürich begonnen worden ist. Während damals der verstärkte Ausbau der Hochschulen unbestritten Priorität gehabt habe, sei heute die Finanzierung ebenso in Frage gestellt, wie der Sinn des technischen Fortschritts angezweifelt werde. Gerade dessen negative Begleiterscheinungen machen aber nach Überzeugung des Vorstehers des Departementes des Innern notwendig, Wissenschaft und Forschung und deren Übertragung in Lehre und Praxis zu fördern. «Der Gefährdung des Menschen durch die technisch-zivilisatorische Entwicklung kann nur durch die Wissenschaft selbst Einhalt geboten werden. Freilich nicht dadurch, dass die Forscher aufhören, sich um neue Erkenntnisse und Entdeckungen zu bemühen, vielmehr durch eine bewusster Ausrichtung ihres Tuns auf die konkreten Bedürfnisse des heutigen Menschen...»

Doch sind wir zwar zunehmend auf den Beitrag der Wissenschaft angewiesen, wenn es die drängenden öffentlichen Probleme zu meistern gilt, aber wir kommen «nicht daran vorbei, im Rahmen einer Forschungspolitik, Ziele und Prioritäten zu setzen». Sorgfältige Planung und Koordinierung müssten die optimale Nutzung der Mittel sicherstellen, aber ebenso gelte es – wie im Forschungsbericht des Wissenschaftsrates gesagt – die «Voraussetzungen zu schaf-

fen, damit die Forschung von unbestreitbarer wissenschaftlicher, staatspolitischer oder wirtschaftlicher Bedeutung ge-
deihen kann».

*

In seinem Referat «Zur Problematik der Hochschulplanung» umriss der Präsident der ETH Zürich, Prof. Heinrich Ursprung, die enormen Schwierigkeiten, wenn Zielsetzungen und Bedürfnisprognosen für die akademische Zukunft festzulegen sind. In finanzieller Hinsicht liege es beim Parlament, über den Anteil von Unterricht und Forschung am Sozialprodukt zu entscheiden. Die Hochschulen ihrerseits müssten ihren eigenen absoluten Wert dokumentieren.

Die Verschlechterung der öffentlichen Finanzen führe nun allerdings für die ETH Zürich – abgesehen vom Personalstopp – nach neuen Richtlinien der Finanzverwaltung zu einem realen Abbau der Aufwendungen in den nächsten fünf Jahren (unter Annahme der – allerdings staatspolitisch katastrophalen – Teuerungsrate von 10 % wären es 1979 real 23 % weniger als 1974). Tritt diese Wende vom Hochschulausbau zur Schrumpfung tatsächlich ein, dann könne dies nicht durch Rationalisierung und Umstrukturierung wettgemacht werden, sondern nur durch Verzicht auf manche bestehende Tätigkeiten. Gemeinsame Planung und akademisch sinnvolle Koordination aller Hochschulen in der Schweiz sei daher unerlässlich.

*

Nach weiteren Ansprachen von Prof. Georg Busch, Vorsteher des Laboratoriums für Festkörperphysik, und von Dr. Hans-Ruedi Ott, Präsident des Abteilungsrates Mathematik und Physik, referierte Prof. Albert H. Steiner, Architekt BSA/SIA, über verschiedene Aspekte zu den von ihm in Arbeitsgemeinschaft mit Architekt W. Gehry (Mitarbeiter A. Stocker) in jahrelangem Zusammenwirken mit Dozenten und Mitarbeitern der ETH Zürich projektierten Bauten. Deren Ausführung lag bei der Eidg. Baukreisdirektion V, in Zusammenarbeit mit der Sektion Bauten der ETH Zürich. Die Neuanlagen auf dem Höggerberg wurden im Beitrag «Die Physikbauten und die Infrastruktur der ETH Höggerberg in Zürich» von Prof. A. H. Steiner erläutert (SBZ 1974, H. 18, S. 450).
G. R.

Schlagworte oder echte Anliegen?

DK 711:352

Immer wieder wird bei der Planung eine grössere Mitwirkungsmöglichkeit der Bevölkerung verlangt. Gleichzeitig wird die Bildung von Regionen gefordert, da die einzelnen Gemeinden nicht mehr in der Lage seien, ihre Aufgaben zu erfüllen. Von anderer Seite werden diese Anliegen als vorübergehender Ausdruck des Zeitgeistes abgetan. Wie verhält es sich denn nun wirklich?

Der Bund, die Kantone, Gemeinden und regionale Zweckverbände oder Planungsvereine planen. Was auf diesen verschiedenen Stufen erarbeitet wird, muss ineinander verwoben werden. Verschiedene Interessen sind auszugleichen, es ist gegenseitige Rücksicht erforderlich. Offensichtlich kann während des gesamten Planungsprozesses die Bevölkerung nicht ständig direkt beigezogen werden. Andererseits lässt sich nicht bestreiten, dass das Volk vor Entscheiden von grosser Tragweite angehört werden sollte. Die Forderung nach einer Demokratisierung der Planung ist daher sicher nicht ein leeres

Schlagwort, aber es braucht wohl überlegte Regeln, um zu einem guten Ergebnis zu gelangen. Nichts wäre schlimmer, als in einen übermässigen Planungsaufwand hineinzugeraten, ohne je tragfähige Lösungen zu erreichen. Gleichzeitig wäre es mehr als angebracht abzuklären, ob nicht Ausführungen von Planungen, denen das Volk zugestimmt hat, vermehrt allein durch die Behörden angeordnet werden sollten. Planungsdemokratie und die Sicherung der Verwirklichung der Planung gehören also eng zusammen.

Ohne Zweifel gibt es Aufgaben, die Gemeinden allein nicht mehr oder nur unrationell durchführen können. Schon seit geraumer Zeit werden mancherorts überkommunale Aufgaben gemeinsam gelöst, wobei man dafür gewöhnlich einen Zweckverband bildet. Vor allem in dichtbesiedelten Gebieten gehören Gemeinden oft einer Vielzahl von Zweckverbänden an, was die Übersicht erschwert und der Führung einzelner Aufgaben nicht immer förderlich ist. Wir anerkennen daher